

Demokratische Traditionen

Das Hambacher Fest ist ein Ereignis des nationaldemokratischen Liberalismus und Unitarismus, in denen die Idee der demokratischen Freiheit, Gleichheit und der nationalen Einheit Deutschlands aufleuchtete und entsprechend die Ordnung der föderierten monarchischen Einzelstaaten des Deutschen Bundes bedrohte. Im Zeitalter der Restauration wurden daher seit 1830 verstärkte Macht- und Militärinterventionen, Einschränkung der Versammlungsfreiheit sowie Intensivierung der Pressezensur gegen diese vermeintlich revolutionären Umtriebe durchgeführt.

Träger dieser Opposition seit 1819 waren die akademische Jugend sowie (verbotene) Burschenschaften, nun aber, in den Deutschland weiten neuen „Unruhen“ beteiligten sich alle Volksschichten; sie kamen vom 27. bis 30. Mai 1832 in Hambach „zum ersten wahrhaften Nationalfest der Deutschen“ zusammen; es war ein früher „Akt der politischen Repräsentation“ (E.R. Huber). Wohl zwanzig- bis dreißigtausend Menschen aus der Pfalz, dem Elsaß, aus Württemberg, Bayern, Hannover, Hessen und Sachsen fanden sich unter der schwarz-rot-goldenen Fahne ein mit der Losung „Nur eine Farbe und ein Vaterland“: für ein deutsches Reich. Berühmte Emigranten aus Paris wie Ludwig Börne oder die Redakteure Philipp J. Siebenpfeiffer und Johann G. Wirth gehörten zu den Rednern. Heinrich Heine schrieb darüber: „Dort, auf Hambach, jubelte die moderne Zeit (...), und mit der ganzen Menschheit ward Brüderschaft getrunken.“

Demokratische Ideale aber galten den Staaten und Fürsten verdächtig und verachtungswürdig – sie zeugten vom französischen Liberalismus. So reagierte die preußische und österreichische Regierung mit vorbereiteten Beschlüssen unter der Parole: „Mit Volksrepräsentation im modernen Sinne, mit der Pressefreiheit und den politischen Vereinen muss jeder Staat zugrunde gehen.“ Am 22. Juni 1832 wurde Feldmarschall Fürst Wrede mit einem bayerischen Armeekorps entsandt, der Belagerungszustand ausgerufen und die „Maßregeln zur Herstellung und Erhaltung der Ruhe in Deutschland“ erlassen. Die weitflächige militärische Intervention zur Befriedung wurde hart durchgeführt, Überwachung und Verhaftungen waren an der Tagesordnung; die geheim agierende „Zentralbehörde für politische Untersuchung“ erwirkte Todesstrafen und Hunderte Urteile bis zu dreißig Jahre Festungshaft wegen Hochverrats.

Fürst Wrede war nicht nur pflichtgetreuer Exekutor der Weisung aus Wien und Berlin, der Kampf gegen die Demokraten war ihm ein wahres Herzensanliegen. Erbarmungslos klingen seine Worte: „Ich bin ja doch wohl kein harter, grausamer Mann, aber ich wiederhole, ohne Galgen und Rad wird

man der Umtriebe in Deutschland nicht Meister. Allein, ich versichere, es werden keine drei aufgehängt, und dann ist Ruhe.“

Diese überregionalen Proteste für demokratische, freiheitliche Verfassungen bleiben ein „ganz erstaunliches Phänomen“ (Th. Nipperdey) der deutschen Geschichte gegen den Untertanenstaat. Doch die Macht des Obrigkeitsstaates setzte sich durch. Die demokratische Bewegung wurde erst einmal gebrochen. „Viele, nicht die Schlechtesten, kehren ihrer Heimat für immer den Rücken und wandern nach Amerika aus.“ (Golo Mann). Die politische Mobilisierung hatte den „Staatsbürger“ gefordert, doch der führe nur „zum Dünkel“, erkannte der bayerische König Ludwig I, weshalb er strikt den Begriff des Untertans einzusetzen empfahl. Diese Epoche der starren Defensive gegen die liberale Massenbewegung zeugte von der staatlichen „Inkarnation der Illiberalität und Unterdrückung“ (H.-U. Wehler).

Bundespräsident Gustav Heinemann sprach vor dem Deutschen Bundestag in seiner Antrittsrede 1969, alte Autoritäten und Traditionen müssten sich die Frage „nach ihrer Rechtfertigung“ gefallen lassen – und wir sollten stattdessen die Traditionen der freiheitlichen und demokratischen Impulse der Vergangenheit pflegen. Ähnliches hatte der erste Präsident, Theodor Heuss, schon gefordert. Die Frage an die Traditionswürdigkeit von Fürst Wrede ist zu stellen. War er auch erfolgreich als Feldmarschall im Einsatz bayerischer Soldaten, so hat er sie gegen die eigene Bevölkerung eingesetzt und damals freiheitliche und demokratische Initiativen und damit Werte unserer Verfassung mit Verve bekämpft. Er hatte als Militär und Politiker aus München alle Zukunftsperspektiven des Hambacher Festes erst einmal zunichte gemacht und dem emanzipations- und freiheitsfeindlichen Charakter des Systems des Deutschen Bundes erneut Geltung verschafft.

Georg Büchner bezeichnete die aufgrund dieses militärischen Einsatzes eingetretenen Verhältnisse – nach dem militärischen Wüten und den Methoden des Polizeistaates – in seiner trefflichen Sprache im „Hessischen Landboten“: „Deutschland ist jetzt ein Leichenfeld“, und verband es mit der Hoffnung: „bald wird es ein Paradies sein.“ Doch mit dieser Hoffnung konnte die „Krise des ausgehenden Vormärz“ (M. Botzenhart) nicht eingelöst werden – der Wunsch nach paradiesischen Verhältnissen blieb Utopie.

Wir geben zu bedenken: eine Würdigung von Fürst Wrede als vorbildlich für Soldaten der Bundeswehr ist eine Belastung der Werte der Inneren Führung.

Vf. Dr. Detlef Bald / München (Tel. 089 / 524965)